

## Entschließungsantrag

des Abgeordneten Kickl  
und weiterer Abgeordneter

**betreffend keine finanzielle Mehrbelastung Österreichs durch die Europäische Union**

**eingebraucht im Zuge der Debatte über Tagesordnungspunkt 1, EU-Erklärungen des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers gemäß § 74b Abs. 1 lit b der Geschäftsordnung des Nationalrates, in der 136. Sitzung des Nationalrates in der XXV.GP am 6.7.2016**

Die Europäische Union hat nun nach dem Referendum am 23.6.2016 ein Mitgliedsland weniger: 51,9 Prozent der Briten haben beim Brexit-Referendum für einen Ausstieg aus der EU gestimmt, 48,1 Prozent dagegen.

Medial wurde bereits berichtet, dass die Folgen eines Brexit nicht nur in Großbritannien, sondern auch in den anderen Mitgliedstaaten spürbar werden und Brexit die Kosten der EU-Nettozahler steigen lassen würden.

Österreich werde nach einem Ausscheiden Großbritanniens mehr Mitgliedsbeitrag an Brüssel abliefern müssen. Großbritannien ist nämlich trotz seines ausgehandelten Rabatts Nettozahler – zuletzt mit rund 5 Milliarden Euro jährlich. Diese Summe müssten nun großteils andere Nettozahler übernehmen.

Laut Expertenschätzungen käme auf Österreich ein zusätzlicher jährlicher Mitgliedsbeitrag von 150 Millionen Euro zu (bzw. einem zusätzlichen Betrag in Höhe von 277 Millionen Euro brutto).

Schon heute leistet Österreich rund 1 Milliarde Euro jährlich (brutto lag der Anteil Österreichs zuletzt sogar bei 3 Milliarden Euro).

Eine derartige Mehrbelastung Österreichs ist klar abzulehnen. Konsequenterweise darf es durch Brexit auch nicht zur Einführung von EU-Steuern, die zu einer Mehrbelastung Österreichs führen können, kommen.

Es wäre stattdessen nun an der Zeit, beim aufgeblähten EU-Verwaltungsapparat anzusetzen und ein neues, schlankes EU-Budget zu erstellen.

Dringliche Aufgabe der Bundesregierung ist es daher nun sicherstellen, dass es zu keinen zusätzlichen Belastungen der österreichischen Steuerzahler durch Brexit kommt.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

### **Entschließungsantrag**

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich auf Europäischer Ebene gegen eine Erhöhung des Nettobeitrags Österreichs sowie gegen EU-Steuern, die zu einer Mehrbelastung Österreichs führen können, auszusprechen."



